

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: LaVo Sachsen
Beschlussdatum: 02.05.2017

Änderungsantrag zu UK-GE-01

Von Zeile 61 bis 64:

~~Den Ausbau notwendiger Netze wollen wir klug planen und Bürgerinnen und Bürger mit frühzeitiger Bürgerbeteiligung, Erdkabeln und einem Überspannungsverbot für Wohnhäuser die Möglichkeit geben, mitzugestalten.~~ Bestehende Konflikte bei der Umsetzung der Energiewende nehmen wir ernst. Wir sorgen dafür, dass der Ausbau Erneuerbarer Energien und notwendiger Netze mit Natur- und Landschaftsschutz konsequent gemeinsam gedacht wird. Bei den Planungsprozessen sorgen wir für Transparenz. Wir wollen Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig die Möglichkeit geben, mitzugestalten. Beim Netzausbau setzen wir vorrangig auf Erdkabel.
Durch eine Reform des Strommarktes schaffen wir neue Anreize dafür, Energie flexibel und effektiv dann zu nutzen oder zu speichern, wenn viel

Begründung

Um dem Konfliktfeld zwischen Ausbau der Erneuerbaren und Umwelt- und Naturschutzbelangen, die dabei berührt werden, gerecht zu werden, sollten wir im Programm uns dazu positionieren und darstellen, dass wir beide Belange als wesentliche zukunftsentscheidende Erfordernisse anerkennen und nicht gegeneinander ausspielen wollen. Zudem sollte der Anspruch sein, die Planungsprozesse hierbei transparent und partizipativ mit den Belangen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort zu leisten. Dass wir in der Frage des Netzausbaus vorrangig auf Erdkabel setzen, ersetzt in der hier vorgeschlagenen Formulierung den im Entwurf vorhandenen und schwer zu verstehenden Passus (Überspannungsverbot) zudem hinreichend.